



In Bannwil geht es ruhig zu und her. Sogar die Ladenöffnungszeiten werden entsprechend angepasst (Bild unten)



Gemeindepräsident Rolf Reber suchte Kandidaten für zwei Sitze in der Dorfregierung

Gemeinderat, verzweifelt gesucht

Ländliche Dörfer haben Mühe, Politiker zu finden. Der Druck zu Gemeindefusionen steigt

Pascal Michel (Text) und Michele Limina (Fotos)

Bannwil BE Die Frist war präzise und unverrückbar: Bis Freitag, 17. Oktober, punkt 17.00 Uhr hätten sich mögliche Kandidaten für einen Sitz im Gemeinderat melden sollen. Doch die Interessenten blieben aus. Kein einziger der rund 500 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger von Bannwil BE hatte sich bereit erklärt, einen der beiden frei werdenden Sitze im fünfköpfigen Gemeinderat zu besetzen. Und keine der in dieser Gegend üblichen Parteien SVP, SP, FDP und BDP, die eines ihrer Mitglieder oder einen Sympathisanten zu einer Kandidatur überreden könnte, existiert im Dorf. Deshalb, das schreibt Artikel 27 des Gemeinde-reglements vor, wurden die Stimmberechtigten der Berner Landgemeinde an diesem Wochenende zu einer Urnenwahl gerufen, bei der jeder Bürger aus Bannwil wählbar ist – wer am meisten Stimmen erhält, ist gewählt. Eine stille Wahl, wie sonst üblich im Dorf, war so nicht mehr möglich.

Bannwil, 702 Einwohner, eine ruhige Gemeinde am Ufer der träge vorbeiziehenden Aare im bernischen Mittelland. Viel Landwirtschaft, ein Kraftwerk unten am Fluss, eine hübsche Kirche, die erstmals 1302 als «ecclesia Banvile» in einer päpstlichen Steuerliste erwähnt wurde. Einmal in der Stunde macht die Regionalbahn Aare Seeland Mobil, im Volksmund «Bipperlisi», hier Halt auf Verlangen. Dass es nicht einfach werden würde, irgendjemanden für das Mitmachen im Gemeinderat zu motivieren, wusste Gemeindepräsident Rolf Reber. Schon vor vier Jahren liessen sich knapp genügend Anwärter für die zu besetzenden Ämter finden. Als dann Mitte Oktober immer noch kein Name für die beiden

freien Sitze bekannt war, wurde Reber ungeduldig: «Wir haben etliche Einwohner direkt angesprochen, bekamen aber nur Absagen.»

Znünpause an diesem nebligen Novembervormorgen im Rössli. Draussen stehen Handwerkerbusse, drinnen am Stammtisch zirkuliert der «Blick». Eine Handvoll Männer gesetzten Alters diskutiert angeregt. Der Wirt serviert Café Crème und Kafi Lutz. Was, wenn man nun selber gewählt würde? Die Runde gibt sich zugeknöpft – wohl auch, weil ein amtierender Gemeinderat am Tisch sitzt. Dann sagt einer: «Ich würde die Wahl ablehnen. In meinem Alter ist das nichts mehr für mich – jetzt sind die Jungen an der Reihe.»

«Es gibt eigentlich keine Auswahl mehr»

Doch politischer Nachwuchs ist Mangelware – nicht nur in Bannwil. In der Aargauer Gemeinde Habsburg fand die Wahl vergangene Woche ohne Kandidaten statt. Niemand erzielte das absolute Mehr, es kommt zu einem zweiten Wahlgang. Im Thurgau suchen gleich mehrere Gemeinden per Zeitungsinserat einen Gemeindecammann; in der Aargauer Gemeinde Hornussen konnte vergangenes Jahr eine Zwangsverwaltung durch den Kanton nur knapp abgewendet werden. Gemäss einem Gemeinde-Monitoring der Universität Bern litt 2010 rund die Hälfte der Schweizer Gemeinden an Rekrutierungsproblemen.

Dieser Trend werde auch in Zukunft anhalten, sagt Oliver Dlabac, Politologe des Zentrums für Demokratie Aarau. In einer bisher unveröffentlichten Studie untersuchte er im Kanton Aargau anhand der Wahlprotokolle von 1970 bis heute, wie Gemeinden ihre Ämter besetzen. Sein Fazit: Vor allem ländlich geprägte, klei-

nere Gemeinden haben zunehmend Probleme, genügend Kandidierende zu finden. «Immer öfter finden sich gerade so viele, wie Sitze zu besetzen sind. Es gibt also eigentlich keine Auswahl mehr.» Für Dlabac eine bedenkliche Entwicklung: «Es überrascht mich, dass die Leute überhaupt noch wählen gehen.»

«Ein Behördenmitglied muss eine dicke Haut haben»

Der Gemeindepräsident von Bannwil, Rolf Reber, 59, grauer Schnauz, die verbleibenden Haare zur Seite gekämmt, lehnt sich zurück und grübelt über die Gründe der Amtsverdrossenheit. «Uns geht es relativ gut. Also sieht man die Notwendigkeit weniger, sich für die Allgemeinheit zu engagieren.» Zudem habe der öffentliche Druck und die Erwartungen der Bevölkerung zugenommen. «Wenn alles gut läuft, klopft dir niemand auf die Schulter. Tauchen hingegen Probleme auf, sind die Kritiker rasch zu Stelle», sagt Reber. «Ein Behördenmitglied muss eine dicke Haut haben.»

Für den Politologen Dlabac ist der aktuelle Trend ein Zeichen dafür, dass das Milizsystem an seine Grenzen stösst. «Es braucht gewisse Anpassungen, sonst werden sich die Rekrutierungsprobleme weiter verschärfen.» Eine «massvolle» Professionalisierung könnte laut Dlabac das Amt wieder attraktiver machen: «Die Entschädigungen müssten erhöht werden. In Verbindung mit Teilzeitpensen würde dies ermöglichen, dass Gemeindepolitiker ihre hauptberufliche Tätigkeit reduzieren, ohne einschneidende finanzielle Einbussen zu erleiden.»

Das Handicap: Eine Professionalisierung der kommunalen Behörden inklusive besserer Entschädigung können sich gerade kleine Gemeinden wie Bannwil gar nicht leisten. Also steigt der Druck zu

Gemeindefusionen. «Die Bereitschaft für Milizarbeit auf kommunaler Ebene hat in letzter Zeit stark abgenommen, was viele gerade kleinere Gemeinden in Bedrängnis bringt», bestätigt Lukas Rühli, Projektleiter in der Zukunftswerkstatt Avenir Suisse, «Fusionen können eine gute Antwort auf dieses Problem sein.» Professor Reto Steiner von der Uni Bern, Leiter des Kompetenzzentrums für Public Management, bestätigt den Befund: «Fehlendes Personal in den Behörden und die Finanzen sind die häufigsten Auslöser für Gemeindefusionen.»

Eine Fusion sei zurzeit kein Thema, winkt Rolf Reber ab, «das käme hier politisch nicht gut an.» Aber auch eine Professionalisierung der behördlichen Arbeit lehnt Reber rundweg ab: «Das Milizsystem ist ein zahlbares Modell. Wenn die Ämter nicht mehr zu bescheidenen Entschädigungen in der Freizeit erledigt werden, könnten die Kosten in die Höhe schnellen.» Die zeitliche Belastung streitet er nicht ab. Neben seinem Vollzeitjob als Sicherheitschef einer Maschinenbau-firma nimmt er pro Jahr 150 amtliche Termine wahr. Seine Entschädigung: 8000 Franken. Reber hält nichts von einem Wahlzwang: «Notfalls habe ich lieber eine Vakanz im Gemeinderat als jemanden, der ins Amt gedrängt wurde.»

Derweil zeichnet sich in Bannwil in letzter Minute eine Wende ab. Wenige Tage vor der heutigen Wahl liegen im Rössli blaue Flyer mit zwei Wahlvorschlägen auf. Gemeindepräsident Reber konnte doch noch willige Einwohner finden, die eine Wahl in den Gemeinderat annehmen würden: Bläsi Daniel, Jahrgang 1955, Velohändler, und Röhliberger Thomas, Jahrgang 1970, Informatiker. «Überredung» habe es keine gebraucht, versichert Rolf Reber, höchstens «ein wenig Überzeugungsarbeit».

Die Schweiz verlor 2014 28 Gemeinden

Der Trend zu Fusionen hält unvermindert an

Heute stimmen die Bündner über eine Gebietsreform ab, mit der die Regierung in Graubünden elf neue Regionen anstatt der bisherigen 14 Regionalverbände und elf Bezirke durchsetzen will. In der kommenden Dezembersession wird der Bündner Grosse Rat über drei weitere Zusammenschlüsse befinden. Eine reine Formsache wie schon im Oktober, als das Kantonsparlament die Fusion von 14 kleinen zu drei grösseren Kommunen abgesegnet hatte. Damit reduziert sich die Zahl der Bündner Gemeinden per 1. Januar 2015 von 146 auf noch 125.

Der Trend der Gemeindefusionen hält gesamtschweizerisch an. Zum Jahresbeginn 2015 wird die Schweiz noch 2324 Gemeinden zählen, 28 weniger als Anfang 2014. Allein in den Kantonen Graubünden, Bern und Zürich werden aus 34 selbstständigen Gemeinden deren neun hervorgehen. Betroffen sind einerseits kleine, ländliche Gemeinden wie Bannwil, die keine Kandidaten mehr finden für ihre Behörden oder finanziell überfordert sind; andererseits lassen sich Agglomerationsgemeinden von ihren Zentren eingemeinden.

Fusionsgespräche auch im Kanton Zürich

Gemeindefusionen sind ein grosses Thema geworden. Selbst in Zürich rumort es. An diesem Wochenende entscheiden die Stimmberechtigten von gleich vier Gemeinden im Wehntal im Zürcher Unterland, ob sie Fusionsgespräche aufnehmen sollen. Auch in Schönenberg und Hütten finden heute entsprechende Urnengänge statt. Einen eher brachialen Hebel setzt der Kanton Bern an, um die Gemeinden zu Fusionen zu bewegen. So wurde der Gemeinde Niederösch offen gedroht, falls sie entsprechende Abklärungen mit den Nachbargemeinden Oberösch und Ersigen verweigere, könnten ihr Gelder in der Höhe von 50000 Franken aus dem Finanzausgleich gekürzt werden. Im laufenden Jahr wurden bisher schon 25 Berner Kommunen zu acht eingedampft.

Ebenfalls mit Vollampf macht sich das Tessin ans Ausdünnen. Seit der Jahrtausendwende steckt der Kanton im Fusionsfieber: Von den 245 autonomen Gemeinden im Jahr 2000 gibt es noch 147 – und bis 2020 sollen es gar nur noch 23 sein. Viele Gemeinden seien schlicht zu klein und litten unter Geldmangel, argumentiert der Staatsrat. Doch die radikalen Pläne der Regierung stossen auf Skepsis. Ein von 26 Gemeindepräsidenten unterzeichnetes Schreiben kritisiert das eigenmächtige Vorgehen «von oben herab». Öl ins Feuer der Fusionsgegner giesst zudem eine Studie des Zentrums für Demokratie Aarau, wonach die Stimmbeteiligung in fusionierten Tessiner Gemeinden bei Wahlen stärker gesunken sei als in nicht fusionierten Gemeinden.

Die bisher einschneidendsten Gemeindestrukturreform der Schweiz ist die Neuordnung des Kantons Glarus. Von 2003 bis 2011 wurden aus 84 kommunalen Körperschaften im Glarnerland drei Einheitsgemeinden. Heute verfüge der Kanton über schlanke, effiziente Strukturen, so die bisherige Bilanz der Reformen. Die Professionalität bei den Behörden und in den Verwaltungen seien spürbar gestärkt worden. Urs Zurlinden